

Er scheint
an allen Werten.
Bezugspreis
für Monat Dezember 1921.
in der Verlagsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboren 300.—
am Postamt 275.—
im Ausland 20 deutsche Mark.

Bernsprecher: 4245, 2273.
3110, 3249.

Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausverpachtung hat der Bezugsnehmer seinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis
f. d. Grundstiftung im
Anzeigenteil innerhalb
Polens . . . 40.—
Reklameteil 120.—
Für Aufträge aus
Deutschland . 3.50 M.
im Reklameteil 10.—
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200283 in Poznań.

Agrarreform im Posenschen.

Die Agrarreform ist das populärste Schlagwort in der Politik. Jeder Pole, der jede Behörde, die nach all einem Beifall strebt, sucht sich auf diesem Gebiet hervorzutun. Der Präsident des hiesigen Bezugslandamts Dr. med. Karasiewicz hat neulich eine besondere Broschüre erscheinen lassen, um seine Verdienste auf dem Felde der inneren Kolonisation mit einem großen Aufwand von Zahlen herauszutreiben. Der obige Beobachter muß freilich, daß es sich bei diesen Zahlen nicht um Anziedlungszahlen, sondern um bloße Anziedlungszahlen handelt, und nicht um die Ergebnisse innerer Kolonisation, sondern um die Erfolge schroffster und rücksichtsloser Entdeutschungspolitik. Will man die wirklichen Anziedlungszahlen erhalten, dann müßte man an den Karasiewiczischen Zahlen noch ein Subtraktionsgempei vornehmen und alle diejenigen Deutschen in Abzug bringen, die durch die Tätigkeit des Bezirkslandamts und anderer amtlicher Stellen von Haus und Hof verdrängt worden sind. Trotz dieses Einwandes ist es immerhin eine schöne und lobenswerte Sache, wenn dem kleinen Mann Gelegenheit zum Erwerb einer eigenen Scholle geboten wird, und auch die Grundfah ist zu billigen, der in den amtlichen Landesauswertungen des Bezirkslandamts und seiner Unterorgane ständig wiederkehrt, daß nämlich bei Vergebung von Stellen in erster Linie Krieg invaliden, dann Soldaten mit Auszeichnung, dann Soldaten mit längerer Frontzeit, die von Beruf Landwirte sind, berücksichtigt werden sollen. Nur schade, daß in der Praxis von diesen ersten Grundfahen nicht immer Gebrauch gemacht zu werden pflegt.

Bei Ruczmowski (Rüschewalde) liegt Ninio, ein früheres Gut, das von der preussischen Anziedlungskommission in den Jahren 1913—14 parzelliert und besiedelt worden ist. Wie es in solchen Fällen vielfach üblich war, hat man die vorhandenen Gutsgebäude zur Bildung von Anziedlungsgeländen mit benutzt und das Nichtverwendbare zu einem kleinen Restgut zusammengefaßt. Die neue Anziedlergemeinde hat man in 103 polnisch richtiger Weise mit Gemeindefeldern reich ausgestattet. — Der neue Herr, das Posener Bezirkslandamt, hat nun das Restgut seinem Syndikus, Dr. Wendland, Rechtsanwalt und Notar in Poznań, gegeben, und weil diesem die 185 Morgen des Restgutes nicht genügen, hat er auch noch die ganzen Gemeindefeldereien mit 300 Morer dazu kommen, ebenso die Jagd. Aber auch damit wollte sich der neue Restgutbesitzer nicht zufriedengeben. Er geht deshalb mit tatkräftiger Unterstützung des Bezirkslandamts daran, die Spuren der verhassten preussischen Anziedlungspolitik dadurch zu tilgen, daß er die seinerzeit abgeteilten Anziedlerstellen wieder zum Gute schlägt.

Zunächst hat man den Anziedler M., der im früheren Gutsbambenhans ansässig ist, zugunsten von Dr. Wendland verdrängt. Herr M. ist seit 1899 im ehem. preussischen Teilgebiet wohnhaft, also polnischer Staatsangehöriger. Die Stelle in Ninio hat er 1914 übernommen, die Auflösung von der preussischen Behörde aber noch nicht erhalten. Im Juli d. J. kam Dr. Wendland und der Präsident Dr. Karasiewicz im Auto zu ihm und erklärten ihm, daß seine Anziedlerstelle enteignet und Dr. Wendland übergeben werden würde. Auf den Einwand des Herrn M., er sei polnischer Staatsbürger, wurde ihm dies von den Herren bestritten; er sei Reichsdeutscher. Am 27. Juli erhielt er ein Schreiben des Bezirkslandamts, von Dr. Karasiewicz selbst gezeichnet, daß ihm seine Stelle von sofort ab genommen werde; die Schätzung für die errichteten Gebäude habe 167 617 M. ergeben, die er nach Abzug der Freijahre und der ersten Ernte mit 42 138 M. von der Hauptklasse des Bezirkslandamts erheben könne. Obwohl Herr M. Herrn Dr. Wendland erklärte, daß er gerichtliche Entscheidung beantragen würde, entgegnete dieser — nachdem in der Zwischenzeit bei Herrn M. noch ein zweites Schreiben des Bezirkslandamts eingegangen war, wonach er auf Grund des Gesetzes vom 14. Juli 1920 die Stelle dem Dr. Wendland zu übergeben hätte —, Herr M. hätte nichts mehr zu sagen; gleichzeitig schickte er Bauleute, die einen Bauplatz ausmaßen, den Stall des Herrn M. abbrechen und einen neuen zu bauen begannen. Einige Tage später erschien der Dr. Wendland-Kommissar mit einem Wachmeister, nahm den Bestand an lebendem und totem Inventar auf und die Schlüssel von Scheune und Stall dem M. ab und erklärte Dr. Wendland zum Zwangsverwalter der Stelle. Der Kommissar sagte weiter, Herr M. hätte sich jeder Anordnung des Dr. Wendland zu fügen, im Falle einer Weigerung würde er auf polnischen Anruf des Dr. Wendland nach Symporno abgeführt werden. Mit dem auf diese Weise gänzlich widerrechtlich unter Zwangsverwaltung gestellten Inventar wurden dann Wendland'sche Felder bearbeitet. Noch ein zweites Mal wurde Herr M. mit einem Besuch des Präsidenten Dr. Karasiewicz beehrt; bei dieser Gelegenheit forderte Dr. Karasiewicz Herrn M. auf, sein Inventar, soweit es Dr. Wendland gebrauchte, diesem gütwillig zu überlassen, den Rest dürfte er dann freihändig verkaufen.

Herr M. blieb aber nicht das einzige Opfer des Wendland'schen Expropriationsdranges. Auch die jüdische Dorf- und Wirtshausmiedelstelle war Herrn Dr. Wendland ein Dorn im Auge und ist bereits teilweise wieder „zurückgesiedelt“ worden. — Wir sind überzeugt, daß weitere Stellen folgen werden.

Es ist ja herrlich, daß die zur Agrarreform berufene Behörde auf diese Weise die Hand bietet zu einem Vorgehen, das man aus vergangenen Zeiten der polnischen und deutschen Agrargeschichte unter dem berühmten Namen des „Bauernlegens“ kennt und das den bodenreformerischen Beiträgen der polnischen Gesetzgebung geradezu ins Gesicht schlägt. Es ist dies ein Gegenstück zu dem vor einiger Zeit in der „Naczejpospolita“ kritisierten Vorgehen der Posener Wojewodschaft bei der Neuverpachtung der Domänen.

Das war die Geschichte von dem Syndikus des Bezirkslandamts.

Es gibt noch eine andere von dem Chauffeur derselben Behörde. Der Anziedler W. in Jazowo-Dalkowo gehört zu denen, die auch ihre Kündigung zum 1. Dezember d. J. bekommen haben. Jetzt erhält er ein Schreiben des Bezirkslandamts, daß ein gewisser Jan Swierki die Anziedlung überwiesen erhalten habe. Auf Erkundigung erzählt er, daß Herr Swierki Chauffeur beim Bezirkslandamt ist. Zugleich erhält Herr W. die Nachricht, daß das Ministerium seine Stelle unter Zwangsverwaltung gestellt habe, und daß ein Herr Martin Swierki zum Zwangsverwalter bestellt sei. Herr M. Swierki ist Vater des Herrn Jan Swierki, 70 Jahre alt, bisher Landarbeiter und ist bereits mit Familie, zusammen 6 Köpfe stark, von der Polizei in die Stelle eingesetzt worden. In derselben Anziedlung hat eine andere Stelle ein Major zuweisen erhalten, und man soll beobachten können, wie durch Militärjunkerwerke Drogen auf die Felder geführt wird.

Und dies sind ja nur Beispiele. — Wie oft müssen wir sonst noch Klagen hören, daß das Bezirkslandamt Stellen an Leute vergibt, die die nötige landwirtschaftliche Berufsausbildung nicht aufweisen, daß Beamte und andere Leute, die nebenbei einen nicht-landwirtschaftlichen Hauptberuf ausüben, mit Stellen bedacht werden.

Auch den von uns seinerzeit schon gebrachten Fall des Anziedlers Janßen, dem das Bezirkslandamt eine hochbetagte Dame zur Zwangsverwaltung bestellt hat, der noch ein Anhang von ca. einem Dutzend Personen (darunter ein polnischer Rechtsanwalt) auf das Grundstück folgten, möchte wir bei dieser Gelegenheit nochmals erwähnen.

Bei den auf Betreiben des Bezirkslandamts gegen die Anziedler getroffenen Zwangsmaßnahmen erweist sich deutlich, daß das Bezirkslandamt statt auf Sicherung der Volksernährung und Hebung der Landeskultur Bedacht zu sein, sich lediglich von dem Mow der Deutschfeindlichkeit und der Entdeutschungspolitik treiben läßt. Wie konnte das Bezirkslandamt sonst zulassen, daß zu einer Zeit, wo in den Städten über Broknappheit geklagt wurde, den Anziedlern vom Zwangsverwalter das Dreiechen verboten wurde. Ein anderer Fall: Eine Posener Dame hatte bereits im Sommer sich bei einem deutschen Anziedler ihre Winterr Kartoffeln gesichert und sofort bezahlt. Als sie zum Abholen derselben erschien, war der Anziedler mit der Zwangsverwaltung belegt, und die Lieferung der Kartoffeln wurde ihm trotz Anruf des Starosten nicht gestattet. Die Dame suchte die Intervention des Bezirkslandamts zu erreichen, aber vergeblich. Sie wurde dort von dem Referenten mit dem von der Generalprokuratur geprägten Satz abgefertigt, den man schon als geflügeltes Wort bezeichnen darf: „Wir haben nur Rechte übernommen und keine Pflichten, die Kartoffeln bleiben auf dem Grundstück. Daß der Anziedler sich zu ihrer Lieferung verpflichtet hat, geht uns nichts an.“ Derselbe Anziedler hat einen polnischen Deputierten, der für das laufende Vierteljahr bis 1. Januar ein bestimmtes Quantum Kartoffeln zu bekommen hat. Der Zwangsverwalter verbot auch dessen Veräußerung aus dem Kartoffelbottich der Wirtschaft. Der Anziedler, so hieß es, müge sich die Deputatkartoffeln anderwärts kaufen.

Und anaerichts solcher Ercheinungen stellt sich der Präsident des Bezirkslandamts hin und erklärt, die polnische Regierung nehme den Anziedlern grundjährlich weder das lebende, noch das tote Inventar. Auf das „grundjährlich“ bitten wir übrigens beim Lesen dieser famosen Berichtigung (vergl. Pos. Tageblatt Nr. 227) besonders Wert zu legen. Wenn jemand die freie Verfügung über mein Eigentum nimmt dann ist doch das, was mir bleibt, das Eigentumsrecht lehrer Schatten. Sogar der Dieb, der mir meine Uhr stiehlt, nimmt mir auch nur die Verfügungsgewalt darüber. Mein Eigentum an der Uhr bleibt mir trotz des Diebstahls erhalten. Wenn mir also ein regierungsfertig bestellter Zwangsverwalter den Verkauf oder Gebrauch von Gegenständen verbietet, oder wenn ein Starost mir die Entfernung von Inventar vom Grundstück verweigert, so nimmt er mir mein Inventar. Die erwähnte Berichtigung des Präsidenten des Bezirkslandamts ist also nichts weiter als Wortklauberei.

Ermordung Kemal Paschas.

Konstantinopel, 26. November. Das Wolffsbureau bringt die Bestätigung der Nachricht, daß Kemal Pascha in Samsat in Kleinasien ermordet worden ist.

Die Washingtoner Konferenz.

Das „gesicherte praktische Ergebnis“ der Washingtoner Konferenz.

Die Gegensätze in der Landabrüstungsfrage bestehen fort. Briand verließ Amerika mit enttäuschten Hoffnungen. Das ist der allgemeine Eindruck. Sein Abschiedsbesuch bei Harding verlief überdies recht interessant. Briand erging sich wieder in Klagen, erklärte sich aber hoch erfreut über das weitgehende Verständnis, das er bei den amerikanischen Delegierten gefunden habe. Harding dankte für die Lobrede Briands, vermied aber jede Andeutung von Versprechungen über ein Zusammengehen mit Frankreich in der Landabrüstungsfrage. Die Rede Briands in der Vollsitzung ist von der amerikanischen offiziellen Welt als Ablehnung einer englisch-amerikanischen Garantie gegen einen deutschen Angriff gedeutet worden. Harding unterließ es daher, auch auf diese Anregung, die übrigens von britischer Seite gefallen ist, zurückzukommen, schon nicht um in den Verdacht zu geraten, England beim Aufstellen dieser „Falle“ (wie die Franzosen den Garanties vorschlag nennen) behilflich zu sein. Die öffentliche Meinung sieht in dem Scheitern des Landabrüstungsvorschlages eine neue Bedrohung des Wilson-Friedens, dessen Schwächen heute klar in Erscheinung treten. Die französische Armee wird weiter stark bleiben, nicht um den Frieden zu sichern, sondern um Europa an der Randare zu halten.

Das Bild der Konferenz ist recht eintönig geworden. In den Kommissionen verlesen die Referenten ihre Berichte, den Forderungen werden langatmige Vorbehalte entgegengesetzt. Die offiziellen Communiqués haben ein recht stereotypisches Aussehen, etwa: „Der Ausschuss „Römer Osten“ beriet neuerdings über die Frage der „Öffenen Tür“, wobei die Vertreter Japans und Chinas den Standpunkt ihrer Regierung darlegten.“ So geht es weiter. Nicht dramatisch verlaufen eigentlich nur die Sitzungen des Landabrüstungskomitees, doch e führt man nicht viel davon. Die Japaner sind des vielen Handelns müde. Sie haben den Sondervertrag mit Amerika so gut wie in der Tasche und sträuben sich, die chinesischen Erklärungen, die mit unendlich vielen Details vorgebracht sind, mit anzuhören. Die Chinesen lassen aber nicht locker. Sie in Hughes einen starken Kämpfer und nützen diesen Umstand nach Kräften aus. Die Konferenzsteilnehmer sind erschöpft, man hofft aber, die ostasiatischen Fragen noch vor Weihnachten erledigen zu können. Wenn auch täglich neue Schwierigkeiten auftauchen, glaubt man allgemein an einen, wenn auch nur moralischen Erfolg der Konferenz in den Abrüstungsfragen. Ein praktisches Ergebnis scheint ihr aber heute schon sicher: Das englisch-japanische Bündnis wird nicht erneuert, auch kein „quid pro quo“ gemacht. In der Pacific-Kommission wird versucht, nach der japanisch-amerikanischen Sonderabmachung auch mit Großbritannien zu einem Kompromiß zu gelangen. Es handelt sich darum, allen durch die Auflösung des japanisch-englischen Bündnisses entstandenen Möglichkeiten zu begegnen.

England fordert Abrüstung zu Lande.

Eine Rede Lord Curzons.

London, 26. November. In einer Rede, die Minister des Außern Lord Curzon heute bei einem Frühstück in der City hielt, gab er eine bedeutungsvolle Erklärung über die äußere Politik Englands ab. Er kennzeichnete die Washingtoner Konferenz als einen großen und bemerkenswerten Schritt auf dem Wege zum sittlichen Fortschritt der Menschheit. Die Abrüstung werde in das Gebiet praktischer Politik gerückt, wenn die Größe der Flotten gewisser Großmächte endgültig begrenzt werde, und in noch höherem Grade, wenn eine dieser Großmächte aufträte und anfündige, daß sie die Abrüstung in ihrem eigenen Falle mit der Einstellung bereits begonnener Schiffsbauten beginnen werde. Ein großer Teil der Spatenarbeit (spade-work) sei aber noch zu erledigen und, so fuhr Lord Curzon wörtlich fort: „Ich möchte gern das Wort Vorsicht aussprechen und gewisse Bedingungen anregen, die noch zu erfüllen bleiben. Es ist nicht ratsam, die Rüstungen zur See zu beschränken, wenn wir mitansehen müssen, wie die Anhäufung ausgedehnter Rüstungen zu Lande sich höher und höher türmt.“

Lord Curzon fuhr fort: „Ein Beispiel darf nicht von einer Nation oder sogar von zwei oder drei Nationen gegeben werden: es muß von allen Nationen im Verhältnis ihrer Lage und Fähigkeit sofort gegeben werden. Für England ist es nicht angebracht, Opfer anzunehmen oder sich ihnen zu unterwerfen, wenn die anderen sich ihnen entziehen. Die dritte Bedingung ist, daß, wenn wir als größte Seemacht der Welt, deren Existenz als Nation täglich von der Befestigung der See abhängt, willens sind, unsere Flottenstärke zu beschränken, es anderen Mächten nicht gestattet sein darf, neue Maschinen oder Werkzeuge für Luft- und Unterseefahrt zu bauen, die unsere Opfer nutzlos machen können und die weit entfernt davon sind, uns in der ständigen Lage derer zu belassen, die das Beispiel gegeben haben, uns in der gefährlichen Lage lassen können, daß wir uns einer unverhältnismäßigen Gefahr ausgesetzt haben.“

Lord Curzon sagte weiter, die dargelegten Punkte seien die einzigen Vorsichtsmaßnahmen und Bedingungen, die er an die Washingtoner Verhandlungen zu knüpfen wünsche, und betonte sodann das Bedürfnis internationaler Zusammenarbeit zur Wiedererlangung des Friedens. Er führte aus: „In Washington ist ein Fortschritt erzielt worden durch gemeinsame Beratung und gemeinschaftliches Vorgehen, ein Fortschritt, der zu seiner Verwirklichung Jahre erfordert hätte, wäre er der Initiative einer einzelnen Macht überlassen worden, die aus sich selbst heraus handelte. Ich möchte diese goldene Methode gerne überall dort anwenden, wo wir den Frieden in Europa wiederherzustellen wünschen. Das kann nicht dadurch erreicht werden, daß man den Zauberstab schwingt, sondern lediglich durch die Methode, die ich beschrieben habe. Nur durch gemeinsames Vorgehen ist die oberste Aufgabe, die von neuem Europa in Krieg zu verwirklichen droht, in den Bereich ausföhrlicher Lösung gerückt worden. Nur durch ein gemeinsames Vorgehen liegt Italien in der Frage der Adriastellung seine Schwierigkeiten mit den Nachbarstaaten bei. Nur durch ein gemeinsames Vorgehen kann Deutschland dazu gebracht werden, noch einmal, wie es doch schließlich tun muß, seinen Platz als friedliches Glied in der Gemeinschaft der Nationen einzunehmen. Bezugnehmend auf die türkisch-griechischen Feindseligkeiten erklärte Curzon, es sei viel rich-

Aus Oberschlesien.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

In der Sonabendigung der Konferenz, die unter dem Vorsitz Calonder's stattfand und 3 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends dauerte, wurde endgültig das Arbeitsprogramm der Konferenz festgelegt. Dieses Programm sieht die Bildung von 11 Unterkommissionen vor, von denen sich jede mit einer besonderen Aufgabe beschäftigen wird, entsprechend den Punkten der Entscheidung der Vorkonferenz. Die Kommissionen sind folgende: 1. Wegekommision, 2. Finanzkommision, 3. Kommission für Post- und Telegraphie, 4. Wasser- und Elektrizität, 5. Zollkommision, 6. Kommission für Kohlenangelegenheiten und Bergwerksprodukte, 7. Verkehrskommision, 8. Kommission für soziale Versicherungen, 9. für die Syndikate der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, 10. Rechtskommision, 11. Kommission zum Schutze der nationalen Minderheiten.

Nur die Rechtskommision und die Kommission für nationale Minderheiten werden ihre Beratungen in Genf abhalten. Die Sitzungen der anderen Kommissionen werden in Oberschlesien stattfinden, soweit die maßgebenden interalliierten Kreise sich damit einverstanden erklären, im andern Falle finden die Beratungen in Danzig statt.

Jede Unterkommission wird zwei Vorsitzende haben, einen Polen und einen Deutschen, die abwechselnd den Vorsitz in den Sitzungen führen werden. Protokollsprache der Unterkommissionen wird im Sinne des Einverständnisses der Vorsitzenden der Unterkommissionen die Protokollsprache der Hauptkommision sein, die in Genf tagen wird, d. h. die französische Sprache.

Die Unterkommissionen werden ihre Arbeit am 9. Dezember beginnen. Die Ergebnisse dieser Arbeit sollen dem Präsidenten Calonder bis zum 15. Januar 1922 bekanntgegeben werden. Sobald das Material von allen Unterkommissionen beschafft sein wird, wird Calonder eine Sitzung der Bevollmächtigten beider Konferenzen nach Genf einberufen, wo die endgültige Festlegung des Vertrages und dessen Unterzeichnung erfolgen wird. Auf den Antrag des Vorsitzenden der polnischen Delegation Herrn Olszewski einigte man sich dahin, den Text des Vertrages in französischer Sprache zu veröffentlichen.

Zur Schlichtung schwierigerer Fragen ist in einzelnen Fällen die Durchsührung von Untersuchungen an Ort und Stelle vorzuziehen. Für den Fall der Notwendigkeit wird sich Calonder nach Oberschlesien begeben. Am Sonntag vormittag wird die nächste Sitzung stattfinden.

Die Delegationen verlassen Genf.

Genf, 26. November. (P.L.) Der Vorsitzende der polnischen Delegation, Herr Olszewski, der Abg. Targowski und der Generalsekretär der Delegation Kramszyn werden am Sonntag Genf verlassen. Die deutsche Delegation wird ebenfalls am Sonntag abfahren.

Oberpräsident Bittta.

Berlin, 20. November. Der preussische Minister des Innern hat dahin entschieden, daß der Zentrumsgesandte Geheimrat Bittta auch weiter Oberpräsident der Provinz Oberschlesien bleiben soll.

Calonder nach Oberschlesien.

Genf, 26. November. Der Vorsitzende der deutsch-polnischen Konferenz Calonder wird auf der Reise nach dem neuen Konferenzort Danzig einen Abstecher nach Oberschlesien zwecks Fühlungnahme mit der Bevölkerung machen.

Eine Denkschrift über die Folgen der Genfer Entscheidung.

Kattowitz, 26. November. (Telum.) Aus ober-schlesischen Wirtschaftskreisen haben einige Männer, die in den einzelnen Zweigen der ober-schlesischen Berg- und Hüttenbetriebe als Sachverständigen gelten, eine Denkschrift herausgegeben, die sich eingehend mit den Folgen, die der Genfer Spruch für die ober-schlesische Wirtschaft hat, beschäftigt. In der Denkschrift wird auf verschiedene Wege hingewiesen, um die ober-schlesische Industrie vor dem Ruin zu bewahren. Die Denkschrift ist in Genf zu den deutsch-polnischen Verhandlungen überreicht worden.

Sowjetrußland.

Bolschewistische Justiz.

Aus Selsingfors wird gemeldet: Das Revolutionstribunal der Wladikawsk Bahn verurteilte 200 Eisenbahnarbeiter zum Tode und 89 weitere Eisenbahner zu Zwangsarbeit und zwar für Diebstahl und Verübung der Eisenbahnverbrechen.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Rußlands.

Petersburg, 26. November. In der allernächsten Zeit ist die Verwirklichung großangelegter Pläne deutscher Wirtschaftskreise zum Wiederaufbau Rußlands zu erwarten. Die deutsche Regierung hat mehrfach mit deutschen, russischen und amerikanischen Interessentkreisen über die Ausbeutung der Rohstofffelder bei Waku verhandelt, die mit Hilfe deutschen und amerikanischen Kapitals wieder auf ihre alte Höhe gebracht werden sollen. Auch in die offiziellen Verhandlungen mit dem Vorstände des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes über die Entsendung von wirtschaftlichen Sachverständigen und Arbeitervertretern nach Sowjetrußland deuten darauf hin, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Rußlands aus dem Stadium theoretischer Orientierungen nunmehr heraustritt.

gottlosen Zeit überall Männer, die um des schändlichen Mammons willen ein reines Mädchenherz betören und dann verschwinden. Aber wenn die Liebe des Herrn Landru erkalte, machte er es umgekehrt: nicht er verschwand, sondern die Dame.

Wo hin verschwand alle diese Damen? Das ist eben die große Frage, die in den 50 000 Seiten des näheren erzählt wird. Man hat diese Frage auch in eindringlicher Weise Herrn Landru vorgelegt, er erklärte aber, daß sie ihn nicht besonders interessiere. Es geht ihm in dieser Beziehung wie den meisten großen Schriftstellern: sie widmen sich mit aller Liebe ihrem Gegenstande, aber sobald einmal der Schlupfwinkel gefast ist, wird ihnen das weitere Schicksal des Werkes gleichgültig. Mehr war aus Herrn Landru in den 2½ Jahren nicht herauszukriegen. Nicht etwa, daß er störrisch oder auch nur schweigsam gewesen wäre — ganz im Gegenteil, er war stets das Abbild eines heiteren, geselligen, friedens und gegen alle Welt von einer wohlwollenden Gesprächigkeit. Seine Unterhaltungen mit dem Untersuchungsrichter, Herr Bonin, wurden allmählich berühmt. Herr Landru betrachtete ihn als einen Freund, dem er gerne, nach Art der griechischen Philosophen, aus dem reichen Schatz seiner Erfahrungen Ratsschlüsse für das Leben erteilte. Er verbreitete sich in diesen Unterhaltungen über alles: über das Leben im allgemeinen, über die Weltverhältnisse, über das Wesen der Gerechtigkeit, über die merkwürdige Psyche der Frau. Ja, wo mögen sie nur alle hingekommen sein, die einstens seine glücklichen Stunden teilten? Paris ist so groß und die Zeiten sind so ereignisreich! Vielleicht sind sie ins Kloster gegangen, vielleicht haben sie einen Minister geheiratet und wollen sich nicht kompromittieren. „Das Wohl des Staates...“ Und Herr Landru lenkte milde und vorsichtig das Gespräch auf ein anderes Thema. Als aber Herr Bonin eines Tages gar zu hartnäckig auf seine ewige Frage zurückkam, wurde Herr Landru schließlich ein wenig ärgerlich und sagte: „Bonoin, M. Bonoin! Sie haben wahrlich in Ihrem Leben auch schon einige Frauen gekannt — könnten Sie darüber Auskunft geben, was aus jeder von ihnen geworden ist?“ Von diesem Tage an war Herr Landru der Liebling der Pariser. Da also alle Klünge der Unternehmung an der freundlichen Beredbarkeit des Herrn Landru scheiterten, mußte sich das Gericht schon selber bemühen, Licht in sein Leben zu bringen. Und dabei kamen denn die merkwürdigsten Dinge zum Vorschein. Das Liebesleben der Riesenstadt tat sich auf, das unterirdische Treiben der von Gros geleiteten Menschenkinder mit seiner sinnlosen Tragik und seiner grotesken Komik, mit all den unbegrenzten

Das Danziger Wirtschaftsleben und die Zollunion mit Polen.

Danzig, 26. November. (Danziger Neueste Nachrichten.) Am 1. Januar 1922 wird der Freistaat Danzig in das polnische Zollgebiet aufgenommen werden. Die bisherige Zollgrenze zwischen Danzig und Polen fällt, dafür treten aber für Danzig die Sätze des polnischen Zolltarifs in Kraft, die so außerordentlich hoch sind, daß sie Danzig wie eine unübersteigbare Mauer vom deutschen Wirtschaftsgebiet absperrten. Von Interessenten des Danziger Wirtschaftslebens sind an das Danziger Parlament und den Senat Eingaben gerichtet, in denen auf die Wichtigkeit der polnischen Zölle auf zwei Branchen, den Schuhhandel und den Textilhandel, hingewiesen wird. Danach beträgt bei einem Stand der polnischen Markt von bloß 7 Pfennigen der Zoll auf ein Paar Schuhe 100—250 Mark. Für ein Paar wollene Socken mit einem Verkaufspreis von 24 Mark beträgt der Zoll über 30 deutsche Mark, für ein baumwollenes Herrenhemd zum Preise von 30 Mark beträgt der Zoll 54 deutsche Mark. Auf einen baumwollenen Schirm zum jetzigen Verkaufspreis von 75 Mark kommt ein Zoll von 98 deutschen Mark. Ein garnierter Damenhut von etwa 30 Mark trägt den enormen Zoll von 4760 deutschen Mark. Noch schlimmer liegt die Sache bei fertigen Bekleidungsgegenständen. Auf einen wollenen Wintermantel zum jetzigen Verkaufspreis von 650 Mark liegt ein Zoll von 1087 deutschen Mark, auf einem Abendanzug von 375 Mark 800 deutsche Mark Zoll. Bei einem Stand der Polensmarkt über 7 Pfennige erhöhen sich natürlich diese in deutsche Mark umgerechneten Ziffern. In den Eingaben wird darauf hingewiesen, daß es die Pflicht der Danziger Regierung ist, Garantien dafür zu schaffen, daß das gesamte Wirtschaftsleben des Danziger Freistaates durch diesen Übergang in das polnische Zollgebiet nicht mit einem Schlag in eine wirtschaftliche Katastrophe gestürzt wird, die von den verhängnisvollsten Folgen sein müßte.

Admiral Horthy und „König“ Rupprecht.

Vorstellungen der Reichsregierung in Dienstadt.

Anlässlich des Todes des trübsinnigen Königs von Bayern hatte der ungarische Reichsverweser, Admiral Horthy, einem Beileidschreiben an den früheren bayerischen Kronprinzen die Adresse „An Seine Majestät König Rupprecht von Bayern“ gegeben. Wegen dieses Vorganges hat die Reichsregierung durch ihren Gesandten in Offenbach nachdrücklich Vorstellungen erhopfen. Wie wir aus Parlamentskreisen hören, ist der Schritt der Reichsregierung nach vorheriger Fühlungnahme mit dem bayerischen Kabinett erfolgt. Das Ergebnis der Vorstellungen ist hier noch nicht bekannt. Es ist ganz interessant, daß sich Horthy diese Beileidigung der deutschen Republik erlaubt unmittelbar nachdem er selbst sich eines monarchistischen Putschs zu erwehren hatte.

Die Frage der deutschen Eisenbahnen.

Neues Dienstgesetz. — Achtstundentag.

Aus Berlin wird gemeldet: In einer Versammlung des Vereins der Berliner Kaufleute sprach Direktor Krämer, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, über das Kreditangebot der deutschen Industrie. Die Erfassung der Sachwerte sei nicht nur von der Industrie, sondern auch vom Reichslanzler als gefährlich abgelehnt worden. Der Redner entwickelte dann die Gründe des Reichsverbandes der deutschen Industrie für das Abgabe des Kreditangebots und sprach dabei von der „Offensive der Erfüllung“. Vor wenigen Tagen habe er einem französischen Zeitungs-korrespondenten auf die Frage, ob Deutschland am 15. Januar zahlen werde, geantwortet: „Wir können nicht zahlen. Aber ich hoffe, wir werden zahlen und länger, als Ihr Franzosen es aushalten könnt.“ Einem deutschen Bankier, der die Erfüllungsmöglichkeit Deutschlands kürzlich einem Engländer gegenüber auf etwa 1½ Jahre angab, sei mit allen Zeichen der Erregung seitens des Engländer die Antwort erteilt worden: „Um Gotteswillen, so lange halten wir es nicht mehr aus.“ Der englische Bankier Rothschild habe sich bereit erklärt, einen Kredit von 10 bis 15 Millionen Pfund Sterling zu bezahlen. Allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die Anleihe innerhalb Jahresfrist im englischen Publikum untergebracht sei. Eine Milliarde Dollar zu bezahlen, erklärte Rothschild für ausgeschlossen. Die höchste Summe, die Deutschland erhalten könne, seien 50 Millionen Pfund, also 1 Milliarde Goldmark. Rothschild erklärte sich bereit, nach Rücksprache mit Lloyd George nach Amerika zu fahren, um dort wegen einer Anleihe zu verhandeln. Er habe in diesen Tagen ein Telegramm gesandt des Inhalts, daß vor Beendigung der Washingtoner Konferenz nicht auf einen Kredit zu rechnen sei.

Trotzdem gäbe die deutsche Industrie ihre Pläne nicht verloren. Denn es gäbe kein Zurück mehr. Zahlte Deutschland am 15. Januar nicht, dann würde die Reparationskommission 28 Prozent der Exportdevisen im deutschen Inlande einziehen. Das sei aber das Ende.

Redner ging hierauf auf die von der Industrie gestellten Bedingungen über und erklärte: Der Reichslanzler habe es durchaus begrüßt, daß in der Resolution des Reichstages das Wort von der zu befestigenden Wirtschaft

Möglichkeiten, die sich jedem bieten, der es sich zur Lebensaufgabe machen will, in diesen unsauberen Jagdgründen auf Beute zu gehen. Herr Landru liebte nicht nur, sondern er hatte gleichsam ein Liebesunternehmen, einen Betrieb, wie man in Berlin sagen würde. Einen „Mords“-Betrieb. Unter den verschiedensten Namen und mit den verschiedensten Masken war er zu gleicher Zeit in den verschiedensten Quartieren von Paris „tätig“: bald als Ingenieur, bald als Postbeamter, bald als Automobilfabrikant. Sein System war immer dasselbe: ein Inserat in der Zeitung, das die Bekanntschaft vermittelt, ein kurzer Austauschverehr zwischen den Liebesbeweisen des Mannes und der finanziellen Kraft der Frau, und schließlich eines Tages ein gemeinsamer Ausflug nach einer kleinen Villa, die Herr Landru in einem Vorort besaß und von dem er regelmäßig alle zurückkehrte. Frauen jeden Alters und jeder sozialen Rangstufe gingen in seine Netze. Während er die eine umbrachte, zerstückelte und verbrannte, war er bereits mit einem halben Duzend anderer verlobt. So lebte Herr Landru schlecht und recht und ernährte sich jahraus, jahrein von der Liebe.

Konzerte.

Der Sonntagabend war für den Musikberichterstatler ein Abend großer Konfusionen. Angezeigt waren für diesen Abend zwei Konzerte, über die zu berichten war: ein Sinfoniekonzert im Großen Theater und ein volkstümlicher Wiederabend von Frl. Penny Fuchs im Vereinshausaal. Beide sollten ursprünglich um 8 Uhr beginnen und der Herr Berichterstatler konnte sich den Kopf darüber zerbrechen, wie er beiden Aufträgen gerecht werden könnte, wenn er nicht in eines der beiden Konzerte einen Erfahmann hinschicken wollte. In der Sonntagsnummer einer hiesigen Zeitung war zu lesen, daß das Fuchs-Konzert um 7 Uhr beginnen würde. Der Musikberichterstatler beschloß beruhigten Gemütes, erst einen Teil des Fuchs-Konzertes und dann das Sinfoniekonzert zu hören. Dementsprechend trat er mit dem ihm eigenen Pünktlichkeit eine Minute vor 7 Uhr in den Vereinshausaal. Er fand ihn leer und erfuhr, daß das Konzert erst um 8 Uhr begann und daß die andere Angabe auf ein Versehen beruhte. Der Herr Musikberichterstatler beschloß, leicht verärgert, auf das Fuchs-Konzert zu verzichten und in das Sinfoniekonzert zu gehen. Zwischen 7 und 8 Uhr erit noch nach Hause zu gehen, lohnte sich ihm nicht. So trieb er sich eine halbe Stunde lang auf den Straßen herum und rebete sich ein, daß das für seine

Herr Landru.

Von Dr. Max Adler-Genf.

Herr Landru sah seit mehr als 2½ Jahren in einem Untersuchungsgefängnis von Paris. Obgleich er also ziemlich abgeschlossen lebte, hat er in dieser ganzen Zeit dennoch fortgesetzt die Öffentlichkeit beschäftigt. Er ist der Liebling des Pariser Publikums. Jeden Morgen und jeden Abend müssen die Zeitungen berichten, wie es Herrn Landru geht, ob er gut geschlafen hat und ob er nicht wiederum eines seiner berühmten Witworte geprägt hat, die allen Pariser das größte Vergnügen und dem Untersuchungsrichter den größten Ärger machten. Die gewiegtesten Reporter von Paris kämpften Tag und Nacht mit der Aufgabe, Herrn Landru zu interviewen, oder selbst der berühmte Herr Sauerwein vom „Matin“, dem sonst Könige und Feldherren ihre Häuser und ihre Herzen öffnen, ließ bei Herrn Landru aus begreiflichen Gründen auf verschlossene Türen. Es gibt nicht nur eine ganze Landru-Literatur, sondern auch bereits eine kritische Behandlung dieser Werke. Es gibt neugierige Charakterstudien über Landru, die in ihren Analogien zwischen J. Brudhomme und — Kasputin ahnen. Die Anlagenschrift gegen Herrn Landru umfaßt 50 000 Seiten, und eine gefürzte Bearbeitung für die gebildeten Stände ist in zwei Bänden als Zugausgabe erschienen. Ein Duzend amerikanische Filmfabriken reifen sich um die Gunst, gegen eine beliebige Menge von Dollars Herrn Landru auf die Leinwand zu bringen, und wenn ein Vertrag Lebensdauer noch nicht zustande kam, so ist es nur deshalb, weil eben über die künftige Lebensdauer des Herrn Landru die Ansichten so bedauerlich stark auseinandergehen.

Welches Verbrechen wird Herr Henri-Desiré Landru angeklagt? Das ist nicht so mit einem Wort zu sagen. Herr Landru ist die Verkörperung des friedlichen Bürgersmannes. Er lebte ruhig vor sich hin, lebte und liebte. Er liebte sehr viel, aber das ist höchstens eine Anstrengung und noch kein Verbrechen. Zweihundertdreißigundachtzig Frauen werden in der Anlagenschrift aufgezählt, die von Herrn Landru mehr oder minder verführt worden sind, und die ihm alles, aber auch alles — nämlich ihr Herz und ihr Geld — gegeben haben. Weides gehörte eng zusammen, denn das Geschlechtsleben des Herrn Landru hatte die Eigentümlichkeit, daß es sich sehr genau in Zahlen ausdrücken ließ. Seine Liebe dauerte regelmäßig so lange wie das Geld seiner Geliebten. Das ist am sich noch nichts Besonderes, denn es gibt ja leider in unserer

...gefallen sei. Dr. Wirth habe sich beschwert, daß es niemals gelungen sei, im Kabinett eine Mehrheit für seine Reformpläne zu haben. Die Frage, ob die Industrie mit ihrem Kreditplan Wort gehalten habe, müßte mit einem glatten „Ja“ beantwortet werden. Medner befürchte mit aller Entschiedenheit die zutragende getretene Auffassung, als habe Hugo Sinnes Entschiedenheit der Eisenbahnen aus rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten geordert. Sinnes verfolge mit seinen außerordentlich weitreichenden Plänen nur die besten vaterländischen Ziele.

Direktor Prämier erklärte sich als ein Gegner der Überführung der Eisenbahn in den Privatbesitz, trat aber unbedingt für eine Lösung aus dem Staatsbetriebe ein und forderte den Übergang von der Staats- zur Privatwirtschaft. Er denkt sich das in Form einer Reichseisenbahngesellschaft, einer Organisation ähnlich der der Reichsbank. Unter Umständen wäre auch an eine Form des Besitzes zu denken, bei der dem Reich 51 Prozent und der deutschen Wirtschaft 49 Prozent gehörten. Auf eine Tarifhoheit würde das Reich niemals verzichten können.

Der Medner teilte mit, daß schon in den nächsten Tagen ein Reichseisenbahn-Finanzgesetz veröffentlicht würde, in dem die Lösung der Eisenbahnen aus dem Staatsbetriebe vorgesehen sei. Gleichzeitig damit werde man auch ein Dienstgesetz erlassen, das mit der bisherigen Dienstregelung, wie sie unter der schematischen Auffassung des achtstündigen Tages Geltung hatte, aufträmen werde. Krämmer bezeichnete es als die ernsteste Pflicht der Arbeiterkassen, jetzt, nachdem die Industrie bereit sei, ihr höchstes Gut, den ausländischen Personalkredit, zu Gunsten des Reiches auszugeben, nunmehr auch ein Opfer zu bringen, indem sie sich zu Überforderungen bereit erkläre. Dadurch könne die Arbeiterkassen infolge reicheren Verdienstes besser über die schwierigen Zeiten hinweg kommen, während andererseits die Industrie sich die für die Reparationszahlung erforderlichen Mittel beschaffen könne.

Stegwald über die Lage Deutschlands.

Amsterdam, 26. November. Am vorigen Mittwoch hielt der hiesige Ministerpräsident Stegwald in Amsterdam eine Rede über die Lage Deutschlands. Er betonte, daß die Verhältnisse Deutschlands und der neutralen Staaten eine Normalität sei. Gegenwärtig befindet sich Deutschland auf dem Wege der Wiedergeburt. Die Monarchisten und die Republikaner streben nach der Hand zur Verbrüderung. Das Niederknien des Bolschewismus in Deutschland hänge von der genügenden Lebensmittelversorgung Deutschlands ab. Darauf bemühte sich Stegwald zu beweisen, daß Deutschland nicht als in den Weltkrieg herabgeworfen habe. Er sprach die Hoffnung aus, daß einmal die Zeit kommen werde, wo die ganze Welt dies anerkennt und wo an Stelle des Berliner Vertrages Vernunft und Gerechtigkeit treten. Der Medner schloß mit den Worten, daß Deutschland gegenwärtig ehrlich seinen Verpflichtungen nachkommen will. Er bemühte sich nachzuweisen, daß eine weitere Verdrängung Deutschlands zu einer Weltkatastrophe führen werde. Frankreich kann eine gesunde politische Atmosphäre schaffen, wenn es seinen früheren Feind ritterlich behandeln wird. Zwei Dinge sind nach der Ansicht Stegwalds notwendig, um eine Verbesserung der Verhältnisse in Deutschland und Europa herbeizuführen: die Einheitlichkeit der Valuta, gestützt auf internationale Grundlagen und ein Moratorium von einigen Jahren für Deutschland.

Politische Tagesneuigkeiten.

Das Konordat mit Frankreich. „Corriere della Sera“ sagt, daß der Papst gegenwärtig ein Projekt übermittle, das besagt, ein endgültiges Abkommen zwischen Rom und der französischen Republik zustande zu bringen.

7,7 Milliarden Defizit in der Tschechoslowakei. Das Defizit des Staatshaushaltes in der Tschechoslowakei ist auf 7,7 Milliarden tschechischer Kronen angegeben.

Preßburg will Freihafen werden. Die Bevölkerung Preßburgs wandte sich an den tschechischen Handelsminister Nowak mit der Bitte, daß Preßburg als Freihafen anerkannt würde. Der Minister erklärte, er werde in dieser Richtung arbeiten, um den Wunsch Preßburgs zu erfüllen.

Regentschaft in Japan. Wie aus Tokio gemeldet wird, wurde infolge der Krankheit des Mikado der Thronfolger zum Regenten ernannt.

Republik Polen.

Die Frage der Beamtenbezahlung. Die Beamten melden, daß Freitag im Museum für Industrie und Landwirtschaft in Warschau eine zahlreiche Versammlung der Staatsbeamten stattgefunden habe, die einberufen wurde, um der Regierung die Wünsche über die Verbesserung der materiellen Existenz der Beamten vorzulegen. An der Versammlung nahmen alle Beamtenorganisationen und Delegationen der Beamtenvereine aus Kleinpolen teil.

Freistaat Danzig.

Lohnbewegung der Danziger Hafenarbeiter. Sämtliche Hafenarbeiter des Danziger Hafens sind in eine Lohnbewegung eingetreten und haben unter Bezugnahme auf die rapide ansteigende Lebenshaltung vom 1. Dezember eine neue 50prozentige Lohn-erhöhung zu fordern.

Gesundheit sehr gut sei, verbrachte dann eine Viertelstunde bei einem Freunde, der seinen Witzum mit einem angenehmen Getränk wegzugabern suchte, und stand um 5 Minuten vor 8 Uhr an der Garderobe des Großen Theaters. Und hier erfuhr er, daß das Sinfonieorchester diesesmal ausnahmsweise schon um 4 Uhr nachmittags stattgefunden hatte, daß der Abend für die Festvorstellung aus Anlaß der Anwesenheit des Ministerpräsidenten bestimmt war. Ein Hinweis darauf in der polnischen Presse war dem Herrn Musikberichterstatter entgangen. Der deutschen Presse scheint ein solcher Hinweis nicht zugegangen zu sein.

So mußte der Musikberichterstatter auf eine Besprechung des Sinfonieorchesters verzichten, was ihm um so mehr leid tat, als ein interessantes Programm in Aussicht gestellt war, das unter anderem eine Uraufführung unter Leitung des Komponisten verhielt.

Das Fuchs-Konzert, dem unter diesen Umständen der Musikberichterstatter seine etwas verknüpfte Aufmerksamkeit uneingeschränkt zuwenden durfte, erbrachte von neuem den Beweis dafür, daß die Konzertgeberin eine intelligente Sängerin von angenehmen stimmlichen und allgemein musikalischen Eigenschaften ist. Am besten gelangen Frl. Fuchs Lieder idyllischer oder kindlich volkstümlicher Art. Von den Liedern ihres diesmaligen Programms kamen daher besonders gut zur Geltung die beiden Eingangslieder („Ein kleines Haus“ von Haydn und das „Weichen“ von Mozart) und die Kinder- und Volkslieder, die den letzten Teil des Programms bildeten. Beethovens „Ich liebe dich“ schien mir nicht ganz im richtigen Zeitmaß vorgetragen zu sein. Seine „Wagnon“ könnte etwas härtere innere Glut vertragen. Den zweiten Teil des Programms bildeten Lieder von Felix Mendelssohn und Robert Franz, — unter den letzteren dankenswerterweise auch ein verhältnismäßig selten gesungenes: „Aufbruch“, das sehr wirkungsvoll vorgetragen wurde. Von Schubert sang Frl. Fuchs „Die junge Nonne“ und „Seligkeit“ (dies mit besonderem Gelingen) von Schumann, „An den Sonnenschein“ und „Ich wandere nicht“.

Eine neue Erscheinung in unseren Konzertsälen war der Klavierbegleiter des Abends: Herr Fising. Von einigen kleinen Entgleisungen abgesehen, entlebte er sich seiner Aufgabe mit anerkanntem Wert. Eine achtbare Technik, ein weicher, singender Anschlag und das offensbare Bestreben, sich der Sängerin völlig unterzuordnen, sind Eigenschaften, die ihn zum Begleiter durchaus geeignet machen und seine häufigere Verwendung in dieser Eigenschaft wünschenswert erscheinen lassen.

Aus der polnischen Presse.

„Die Politik gemacht wird.“ Unter dieser Epithete schreibt der „Kurjer Poznański“: Wer ist Herr Marjan Dąbrowski? Sein Name, wenig bekannt in unsern großpolnischen „Böden“, hat einen lauten Klang in Krakau und Umgebung. Ist er doch Herausgeber der populärsten Straßenschrift, des „Kurjer Ilustrowany“, der durch seine Sensationsmacherei und durch seine Zügehändnisse an den Geschmack der Straßenmasse sich in Westgalizien einen populären Namen erwarb. Durch dieses lohnende Geschäft und durch andere Dinge wurde Herr Dąbrowski mehrfacher Millionär. Da ihm die Zeitung nicht mehr als Tätigkeitsfeld genügte, gründete er das Theater „Bagatelle“, in dem der Krakauer Snob sich an verächtlichen pikanten Genüssen ergötzt. So bilden der „Kurjer Ilustrowany“ und das Theater „Bagatelle“ eine Ehe, die nun beschaffen hat, eine ebenbürtige Tochter zu adoptieren — die Politik der Pöbeln.

Über dieses Thema lesen wir im Krakauer „Głos Narodu“ folgendes:

„Das Organ der Pöbelnpartei, der „Głos Krakowski“, hat mit seiner Liquidierung begonnen. Dem Personal ist für den 1. Januar gekündigt worden. Den Schutz der Interessen der Pöbeln wird nach der Auflösung des „Głos Krakowski“ der „Kurjer Codzienny“ übernehmen. Die Pöbelnpartei beabsichtigt mit Hilfe des Herrn Dąbrowski eine große Zeitung in Warschau zu gründen, wozu auch ein Teil der Redaktion des „Głos Krakowski“ überführt werden soll. Über den Vertrag des Herrn Marjan Dąbrowski mit den Pöbelnparteilern wird noch gemeldet, daß Herr Dąbrowski die Wahl zum Abgeordneten für den nächsten Sejm zugelegt wurde. Da — was doch ganz klar ist — sich kein Wahlkreis finden würde, der den Eigentümer des „Głos Krakowski“ mit einem Sejmmandat beglücken würde, darum sollen die Pöbelnparteilern (Herr Dąbrowski hat alles vorausgesehen) ihn auf die Liste setzen. Bei den Verhandlungen spielte Herr Stapiński eine wichtige Rolle, der, mit dem Unternehmer der „Bagatelle“ durch gemeinsame Petroleumgeschäfte verbunden, folgende Bedingungen für seine Einigung mit den Pöbeln stellte: 1. Verpachtung des Herrn Dąbrowski in den Sejm; 2. Vergütung mehrerer Abgeordneten der Pöbelnpartei, die an verschiedenen Geschäften interessiert sind, auf ihre Mandate. Auf der Prospektionsliste befinden sich Dr. Bardel, Bzyl und Maczowski. Es scheint, daß Herr Bzyls gezwungen sein wird, alle Befehle Stapińskis auszuführen, um sich eine geeignete Neutralität des „Kurjer“ und des Eigentümers des Ringelsteins und der Petroleumgruben Herrn Stapińskis zu sichern.

So gefährdet vor Plankenangriffen, treten die Pöbeln in die Wahlen. Wir sehen im übrigen in ihren Methoden nichts Neues, weil das, was sie tun, zu dem alten Arsenal der Stapińskischen Korruption gehört. Es änderte sich nur die Firma, die die Ausnutzung des Patentes, genannt „galizische Wahlen“, übernahm. Kann man für diese neue Koalition ein besseres Symbol finden als „Bagatelle“? In Wirklichkeit hat sich nichts geändert, nur die Tätigkeit der „Bagatelle“ verbreitet sich über ganz Polen. In die Schauspieltruppe sind neue Schauspieler eingetreten.

Wenn ein deutscher Dichter in Polen Vorträge hält. Hanns Heinz Ewers hat in Lodz eine Reihe von Vorträgen gehalten. Diese Tatsache veranlaßt den Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ zu folgendem Geistesprodukt:

„Ewers kam aus Prag, wo er zu Agitationszwecken weilte, im Automobil nach Lodz. Seine Propaganda hat einen staatsfeindlichen Charakter, ebenso wie die Agitation der Deutschen in Lodz. — Ewers ist der Verfasser des jüdischen Romans „Altaune“.

Die Lodzer „Freie Presse“ bringt diese Auslassung zur Kenntnis ihrer Leser und schreibt ihrerseits darunter, was Talbot in der „Jungfrau von Orleans“ über den Kampf mit der Dummheit sagt.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 28. November.

Der Ministerbesuch in Posen.

Der polnische Ministertrat traf Sonntag früh 8 Uhr programmäßig mit dem Ministerpräsidenten Ponikowski in Posen ein. Die Minister wurden auf dem Bahnhofs im ehemaligen Kaiserpavillon von den Vertretern der Zivil- und Militärbehörden, von hervorragenden Vertretern der Bevölkerung und den Offizieren der französischen Mission empfangen. Nach kurzen Begrüßungsansprachen des Ministers für das ehem. preussische Teilgebiet Wschodni und des Bürgermeisters Dr. Kiedacz schritt der Ministerpräsident die Front der Ehrenkompanie ab und begab sich nach dem Vorbeimarsch eines Infanteriebataillons und einer Schwadron mit den übrigen Ministern ins Schloß. Der übrige Teil des gestrigen Tages verließ nach dem von uns in der Sonntagsausgabe veröffentlichten Programm mit der Vorstellung der Beamten und der Spitzen der Behörden, einem von der Stadt gegebenen Begrüßungsabend im Stadthaus und einer Festvorstellung der Oper „Tiefand“ im Teatr Wielki. Heute früh fand von 8½ Uhr vor dem Schloß eine Truppenparade der hiesigen Regimenter pp. statt. Aus diesem Grunde war die Gegend vor dem Schloß für jeden Verkehr, auch für die Straßenbahn, gesperrt; der Straßenbahnverkehr wurde über die Theaterbrücke umgeleitet.

Mit dem Ministerpräsidenten sind in Posen anwesend: der Minister für Post und Telegraphie und der Vertreter des Ministerpräsidenten Stęśłowicz, der Außenminister Skirmunt, der Minister des Innern Downarowicz, der Kriegsminister General Sosnkowski, der Eisenbahnminister Sikorski, der Minister für Arbeit und soziale Fürsorge Darowski, der Landwirtschaftsminister Kaczynski, der Leiter des Verpflegungsministeriums, Unterstaatssekretär Stojński; in Vertretung des Finanzministers der Departementsdirektor Jacek, der Departementsdirektor für Mittelschulen Zawadzki, der Direktor des politischen Departements im Präsidium des Ministerpräsidenten Giełżowski, der Leiter der wirtschaftlichen Abteilung Szmajcz. Heute früh traf aus Warschau ein der Leiter des Gesundheitsministeriums Chodźko, der Minister für öffentliche Arbeiten Karłowicz und der Leiter des Ministeriums für Industrie und Handel Strakosburger. Die Mehrzahl der öffentlichen Gebäude tragen Flaggenschmuck; auch das französische Konsulat hat solchen angelegt.

Polnische diplomatische Vertretungen in Deutschland.

Infolge der zahlreichen Anfragen aus unserer Leserkreise geben wir nachstehend eine Übersicht über die diplomatischen Vertretungen der polnischen Republik in Deutschland und empfehlen unseren Lesern diese Übersicht als zu schneiden und aufzubewahren:

Polnische Gesandtschaft, Berlin W. 35, Kurfürstendamm 136 (Tel. Raum 3 47).

Wirtschaftliche Abteilung der polnischen Gesandtschaft, Berlin W. 8, Kronenstraße 6 (Tel. Centrum 3175).

Polnische Generalkonsulate: Berlin W. 35 Kurfürstendamm 137 Abteilung für Polen: Berlin W. 62, Kurfürstendamm 133 (Tel. Rollendorf 3 83); Allenstein, Marienwerder, W. anchen (Kronenstraße 16) Oppeln.

Polnische Konsulate: Königsberg i. Pr., Neue Dammgasse 20 Breslau, Chlausnerstr. 2 Köln, Domhof 23 Bismarckstr. 181. Auskunftsstelle für polnische Konsularangelegenheiten in Hamburg, Wilschstraße 19.

Die evangelische Posener Provinzialsynode nimmt morgen, Dienstag, nachmittag ihren Anfang, und wird bis einschließend, 3. Dezember, dauern. Montag, Dienstag, abends 8 Uhr findet in der Kreuzkirche in der Grobla (früher Grabenstraße) ein Eröffnungsgottesdienst statt, bei dem der Synodale Superintendent Engelbrecht aus Düsseldorf die Predigt halten wird. Alle Evangelischen sind zur Teilnahme an diesem Gottesdienst herzlich eingeladen.

Erhöhung der Zuckerpresse. Auf Grund einer Verfügung des Ministeriums des ehem. reichs Teils werden die Preise für Zucker für die Monate November und Dezember um 2 M. für das Brund erdnt. und zwar kostet der weiße Zucker 191 M. und der gelbe 174 M. des Brund.

Vortrag über Faust. Im Rahmen des Lehrgangs für Deutsch- und Fremdsprachen ist am Mittwoch dieser Woche, den 30. November, abends von 6 bis 8, Herr Dr. Voewenthal im Deutschen Gymnasium über Goethes „Faust“. Der ursprünglich auf diesen Tag angeordnete Vortrag des Herrn Dr. Beckmann über Volksdichtung wird auf den Mittwoch der nächsten Woche, den 7. Dezember, verschoben.

Der deutsche Theaterverein veranstaltet am Freitag dieser Woche, den 2. Dezember, mit Unterstützung des Deutschmannbundes eine Aufführung von Goethes „Faust“, 1. Teil, für Schüler und Schülerinnen der höheren Klassen hiesiger Lehranstalten. Von Mittwoch an wird eine beschränkte Anzahl von Eintrittskarten zu dieser Aufführung auch im öffentlichen Verkauf zu haben sein.

Volkstümlich-wissenschaftliche Vorträge. Herr Rabbiner Dr. Gottschalk, der seine Wanderungsabsichten aufgegeben hat, wird seine ursprünglich angekündigte und dann abgefallene Vorlesung „Aus neueren Dichtern“ nun doch halten. Die Vorlesung findet Dienstag und Donnerstag von 6 bis 7 Uhr statt und beginnt am Donnerstag dieser Woche (den 1. Dezember). Ihr Ort wird noch bekanntgegeben werden. Es braucht kaum besonders hervorgehoben zu werden, eine wie große Bedeutung der Entschluß des Herrn Dr. Gottschalk, hier zu bleiben, für das deutsche Geistesleben in Posen hat und wie dankbar ihn gerade die Veranstalter und Hörer der volkstümlich-wissenschaftlichen Vorträge begrüßen.

Ausflug. Der deutsche naturwissenschaftliche Verein und die Poltechnische Gesellschaft beabsichtigen, am Mittwoch, 30. d. Mts., nachmittags die Werke von früherer Knochmann und früherer Sinner in Luban zu besichtigen. Abfahrt 2,25, Rückkehr 5,45 bzw. 8,05 Uhr abends.

Milsonówka. In der Sonntagsziehung der Milsonówka gewann die Nummer 0 188 747.

Birnbaum, 25. November. Für die Stadtverordnetenwahl haben die polnische Bürgerpartei mit der deutschen Bevölkerung eine gemeinsame Liste (Kofocinski) aufgestellt, in der die deutschen Kandidaten in entsprechender Zahl vertreten sind.

Bromberg, 24. November. Kürzlich ließ eine Frau Gregom hier in der Straßenbahn ein Päckchen mit Schmuckstücken im Werte von drei Millionen Mark liegen. Eine gewisse Martha Pelzer nahm das Päckchen an sich, ohne es der rechtmäßigen Eigentümerin zurückzugeben. Nach einer dreimaligen Hausdurchsuchung bei der Pelzer wurden alle Schmuckstücke, jedesmal allerdings nur teilweise, zutage gefördert. Die Diebin wurde verhaftet.

Neues vom Tage.

Neue Explosion bei Oppau. Am 21. November, 10 Uhr vormittags, explodierte im Bau 34, Wasserstoffabfüllungswerk der badischen Anilin- und Sodafabrik Oppau, beim Komprimieren eine Wasserstoff-Flasche. Hierzu erfuhr die „Pfälzische Post“ durch einen Augenzeugen: Zwei Arbeiter sind tot, weitere acht mehr oder weniger schwer verletzt. Der Bau selbst ist fast vollständig zerstört. Glücklicherweise waren nicht mehr Leute im Bau oder in der Nähe. In der Griesheimerstraße wurde ein Sprengstück der Flasche von 5x7 Zentimeter Größe, mit scharfen Kanten, aufgefunden, das ganz gewiß, wenn es eine Person getroffen hätte, deren Tod bewirkt hätte. Die Angst und Aufregung der Arbeiter infolge der neuen Explosion ist wieder größer, zumal u. a. von einem 1000-Atmosphären-Druck-Versuch geredet wird, der im alten und neuen Werk vorgenommen werden soll.

Briefkasten der Schriftleitung.

A. S. in G. 1. Was mit dem neuen Mieterschutzgesetz wird, läßt sich heute noch gar nicht absehen, insofern kann auch über seinen zukünftigen Inhalt nichts gesagt werden. 2. Von Prozenten für Abnutzung besagt das Mieterschutzgesetz vom 18. 12. 20 gar nichts. Der Mieter ist nur verpflichtet, zu den Gesamtkosten für Wasserlieferung, Kanalisation, Beleuchtung der Hausflure, Treppen, Korridore und Gemütsabfuhr anteilig, d. h. auf sämtliche Mieter einschl. des Hauswirts verteilt, beizutragen. — 3. Der Mann muß den Kontrakt, den er unterschrieben hat, auch innehalten. — Briefliche Auskunft erteilen wir nur in Ausnahmefällen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurze der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	28. November	29. November
Bank Wismar I—IX em. ungest.	220 + A	220 + A
Bank Handlowsk Poznań I—VIII	360 + N	360 + N
Hurtownia Wiazłowa	—	140 + A
Hurtownia Drog.	—	130 + N
Luban	690 + A	—
Amiwicki, Petocki Sla. I—VI	—	220 + N
Bank Wismar I—III	—	220 + N
R. Wacławski V em.	—	160 + N
Centrala Stór I—III (erkl. Bezt.)	330 + N	350 + A
Dr. Roman Wap I—III	—	430 +
IV	—	400 + A
Patria	—	350 + N
Pozn. Spółka Drzewna	1100 + A	1100 + N
Legielni I—VII em.	205 - A	210 + A
Hurtownia Chemiczna	200 + A	190 + N

Unoffizielle Kurse:

Bank Wismar I—IX em. ungest.	125 - 130 + A	—
Bank Wismar I—VIII	210 + N	210 + N
Wt	—	120 + N
Hurtownia Kantarowicz (erkl. Bezt.)	—	500 + N
Wagon Odroso	—	150 + A
Wagon Bronki	—	230 - 235 + N
Wt	—	750 + N
Hurtownia Wiazłowa (erkl. Bezt.)	270 + N	—
Wt (erkl. Bezt.)	400 + N	470 - 490 + N
Wt. Huta Miedzi	250 - 280 + N	230 +
Orient	—	160 + N

Unoffizielle Notierungen der Posener Getreidebörse vom 23. November 1921.

Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kgr. bei sofortiger Waggonlieferung.)			
Weizen	10 500 - 11 500	Waggenmehl 70%	9 600 - 10 600
Roggen	6 900	Weizenmehl	500 0
Braugerste	7 000 - 7 600	Roggenmehl	4800
Hafer	7 000 - 7 600	Kartoffeln	2800 - 3100
Weizenmehl 70 %	19 500 - 20 500	Zander	rubia.
Fehlende Produkte ohne Handel. Weizen- u. Roggenmehl einsch. Sacke.			

nań ul. Zwierzy-
niecka 6 zu richten.